

marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Ausgabe 1/2023 Deutsche Kommunistische Partei

"Ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören und dass die Erde niemanden gehört!" (Jean-Jacques Rousseau)



Auszüge aus der Haushaltsrede unserer Genossin Tanja Bauder

Bezahlbarer Wohnraum

Der Marburger Armutsbericht und die diesjährige Milieustudie können als Grundlage für eine fortschrittliche Wohnraumpolitik dienen. Die erneut sehr hohen Gewerbesteuererinnahmen können für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und eine warmmietenneutrale Sanierung des Bestandswohnraumes genutzt werden, die auch ökologischen Erfordernissen gerecht wird.

Wir schlagen vor, denjenigen, die in und an der Krise gut verdient haben, die Übergewinne zu besteuern, um das Geld von

oben nach unten umzuverteilen.

Marburger Sozialfond

Ein neu zu schaffender Sozialfonds mit 8,5 Mio. Euro Umfang soll ermöglichen, unbürokratisch, flexibel und schnell verschiedenste Maßnahmen anzustoßen: Gutscheine für energiesparende Geräte, Vermeidung von Strom-, Gas- oder Wassersperren, Wohnraumschutz...

Gemeinwesenarbeit unterstützen

Für die Gemeinwesenarbeit soll eine zentrale Anlaufstelle für Sozial-, Schuldner- und Insolvenzberatung geschaffen werden. Ein Sozialratgeber soll erstellt und zugänglich gemacht werden...

Investitionen in notwendige städtische Infrastrukturen

Zu den zentralen Aufgaben einer Stadt gehören die Investitionen in die Infrastruktur, insbesondere in Schul- und Kitagebäude, den Straßenbau, das Sozialwesen und in eine nachhaltige Klimapolitik. Die Kanalisation Marburgs muss grundsanitiert und an neue Gege-

benheiten, beispielsweise Starkregenereignisse, angepasst werden.

Die Straßen-, Rad- und Gehwege müssen dringend saniert werden...

Attraktiver ÖPNV für alle – aber nicht zu Lasten der Busfahrer

Eine Verkehrswende braucht zu allererst eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die BusfahrerInnen, auch um neues Personal einstellen zu können. Auch muss in die Busflotte investiert werden. Nur so könnten wir den Sonderbusfahrplan überwinden.

Die ungerechte 3-Kilometer-Entfernungsregel bei der Schülerbeförderung kann gekippt werden, sodass alle SchülerInnen das subventionierte Ticket für ganz Hessen bekommen...

Steuereinnahmen in städtische Gesellschaften geben statt am Kapitalmarkt zu zocken

Die eingenommenen Gewerbesteuererinnahmen gehören in die Hände der städtischen Tochtergesellschaften, damit sie nachhaltig planen und Projekte

umsetzen können. Anstatt sie am Kapitalmarkt zu verzocken können die Gelder in die städtische Daseinsfürsorge fließen: Soziales, Armutsbekämpfung, Freiflächengestaltung, Ausbau von Schulen und Kitas, Straßen-, Rad- und Gehwege, Kultur, Angebote für Familien, Angebote für Senior:innen, bezahlbarer Wohnraum, Inklusion. Die städtische Wohnbaugesellschaft (GeWoBau) kann für ihre umfangreichen Aufgaben besser ausgestattet werden. Der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) soll verstärkt Grund und Boden erwerben und entwickeln. Die Stadtwerke sollen für Preisstabilität bei Strom, Gas und Wasser sorgen können. Der Einstieg in den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr ist möglich. Erneuerbare Energie kann vor Ort erzeugt werden... Jeder Euro, der in der heutigen Zeit für Klimaförderungsprogramme eingesetzt wird, ist dringend notwendig!

Es gilt, endlich loszulegen, denn Machen ist wie Wollen, nur krasser!

Vom Halbgott in Weiß zum Arbeiter?

ÄrztInnen demonstrieren und streiken neuerdings

Unter dem Motto: "Wir sehen schwarz für die Zukunft Ihrer Versorgung" rief die Kassenärztliche Vereinigung Hessen zur Kundgebung am 15.2.23 in Frankfurt auf. Sie hat eine Petition gestartet (petition.gemeinschaft-ambulante-medizin.de), auf der folgendes gefordert wird:

Die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch Ärztinnen und Ärzte soll nicht von Gesundheitskiosken, Apotheken oder Gemeindevestern abgelöst werden. Freie Arztwahl statt unpersönlicher Versorgung in Videokabinen oder durch privatwirtschaftlich geführte Versorgungszentren, in denen nicht Ärztinnen und Ärzte, sondern Kaufleute entscheiden, wie Medizin gemacht wird. Wiedereinführung der Neupatientenregelung, Inflationsausgleich für Praxen und Mitarbeiterinnen, Abschaffung der bürokratischen Überfrachtung sämtlicher Arbeitsabläufe in den Arztpraxen. Digitalisierung nur da, wo sie den Praxen und damit letztlich den Patientinnen und Patienten nützt. Abschaffung der Regressbedrohung. Die Ärzte sehen sich am Rande des finanziellen Ruins. Allein 61 Arbeitstage jährlich müssten sie lt. Ärztlichem Mitteilungsdienst vom 4.1.23 für bürokratische Tätigkeiten aufwenden. Seit 2019 sind die Praxen gezwungen, sich digital an die Krankenkassen anzubinden. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Schweigepflicht durch Hacking unterlaufen wird. Häufige Systemabstürze bringen zudem einen riesigen Aufwand an Büroarbeiten mit sich.

Arztpraxen finden keine Nachfolger mehr. Regelmäßig werden sie dann an medizinische Versorgungszentren abgegeben. Dort sind die Ärzte dann Angestellte und verlassen nach Schichtende die Praxis. Das Profitprinzip hält so auch in der ambulanten Versorgung Einzug. Die ambulante Versorgung sollte nicht zur Fabrik werden! Unterstützt euren Haus- und Facharzt! Boykottiert die elektronische Patientenakte!

Mehr dazu im nächsten marburger echo.
Claudia Reimer

Im Übrigen...*

von Christian Mark

... »grüner Mund tut Wahrheit kund, Teil II«

Außenministerin Baerbock hat es wieder getan: Unvermittelt rückte sie mit der Wahrheit raus: "Wir führen einen Krieg gegen Russland, nicht untereinander." So äußerte sie sich in einer Fragerunde des Europarates Ende Januar. War natürlich wieder einmal alles nicht so gemeint. Kurze Zeit später beschloss die Bundesregierung die Entsendung von Kampfpanzern in die Ukraine. Die Außenministerin ist die oberste Diplomatin des Landes. Ihre Aufgabe ist es, bei Konflikten mäßigend zu wirken. Sie sollte Wege zur Beendigung gewaltförmiger Auseinandersetzungen suchen. Statt dessen bringt sie reihenweise Provokation. Wann schmeißt der Bundeskanzler sie endlich raus? Ist es ihm denn egal, wieviel diplomatisches Porzellan seine Außenministerin zerschlägt? Die Bevölkerung jedenfalls will in überwiegender Mehrheit so schnell wie möglich ein Ende des Krieges. Die DKP hat eine Petition an Bundeskanzler Olaf Scholz gestartet: Baerbock muss weg!

Hier kann man unterschreiben: <https://www.openpetition.de/petition/online/baerbock-muss-weg>

Das "Manifest für Frieden" von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht kann man hier zeichnen: <https://www.change.org/p/manifest-fuer-frieden-aufstand-fuer-frieden>

Krankenhausbewegung Gi-Mr für bessere Arbeitsbedingungen



Bild: Krankenhausbewegung/ver.di

Gut besuchte Stadtversammlung hat stattgefunden

Am 9.10.2023 haben Aktivistinnen und Kollegen am UKGM Marburg zusammen mit ver.di eine sehr gut besuchte Stadtversammlung durchführen können. Etwa 370 BürgerInnen nahmen an der Online-Veranstaltung teil, um sich für verbesserte Arbeitsbedingungen an der Uniklinik und eine bessere Gesundheitsversorgung einzusetzen.

Aus verschiedenen Stationen und Bereichen des Krankenhauses kamen Pflegekräfte und Mitarbeiterinnen zu Wort, die sehr eindringlich aufzeigen konnten, in welcher heiklen Lage sie ihre Arbeit verrichten müssen. Der Marburger OB Dr. Spies, sein Vorgänger Egon Vaupel und viele weitere Teilnehmer warben für den "Tarifvertrag Entlastung". Ein kath. Pfarrer plädierte sogar für eine Änderung der Besitzverhältnisse am UKGM, da die jetzigen Eigner weder für adäquate Arbeitsbedingungen noch für

eine würdige Gesundheitsversorgung sorgen würden. Aus den personellen Engpässen in allen Bereichen des Klinikums entsteht eine hohe personelle Fluktuation; die ausgebildeten Fachkräfte wandern in andere Berufssparten ab, in denen sie nicht permanent überlastet sind und die auch besser bezahlt werden. Dies verschärft die Situation zunehmend. Bei dem angestrebten Tarifvertrag wird deshalb grundsätzlich eine Erhöhung der Stellenanteile in allen Bereichen ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen sein. Der Katalog der Forderungen wird aktuell auf den Stationen und den anderen Bereichen mit den Mitarbeitern ermittelt. Die daraus abgeleiteten Forderungen werden dann durch eine Teamdelegierte beim Krankenhausratschlag gebündelt. Dieses Gremium wird die Forderungen der 4163 Mitarbeiter mit den Arbeitgebern verhandeln. Ein neuer "Tarifvertrag Entlastung" soll den weit verbreiteten Raubbau an der Gesundheit der Beschäftigten abschaffen und die Standards der gesundheitlichen Versor-

gung der Patienten sicherstellen.

Wir unterstützen die Forderungen der Beschäftigten in vollem Umfang. Wir fordern: UKGM zurück in die Öffentliche Hand. Profit und Kapitalinteressen des privaten Krankenträgers verhindern eine angemessene Gesundheitsversorgung der Bevölkerung.

Elli, Dirk, Christian

Wichtige Termine:

21. Februar 18:00 Uhr bei der GEW Marburg: Offenes Unterstützer:innen-Treffen vom „Aktionsbündnis Gemeinsam für unser Klinikum“

07. März 17:00 – 19:00 Uhr: Abschlussveranstaltung des Krankenhausratschlags, Kongresshalle Gießen. Hier anmelden: https://www.redseat.de/ukgm_unterstuetzer_block/

31. März: Große Demonstration für unser UKGM! Hier darf niemand fehlen.



Verkehrswende ohne Busfahrer schlicht unmöglich!

Oder: Die Rechnung ohne den Wirt gemacht

Alles spricht in Marburg für einen gut ausgebauten, attraktiven und vor allem funktionierenden ÖPNV. In der Universitätsstadt leben engagierte Menschen, die sich einmischen und ihre kreativen Ideen öffentlich vortragen und häufig auch Gehör finden. Schnellbuslinien und Fahrradmitnahme im Bus sind genauso lange diskutiert worden wie die Reduzierung des privaten - die Luft verpestenden – Individualverkehrs. Gleiches gilt für die Überlegung, die Stadtautobahn zurückzubauen, um dadurch kostbare Grünflächen mit hoher Aufenthaltsqualität zurückzugewinnen.

Seit etwas über einem Jahr wird unsere Stadt von der sogenannten Klimakoalition geführt: SPD, Grüne und Klimaliste. Bereits zum zweiten Mal gibt es einen Sonderfahrplan der Buslinien. Demnach fahren deutlich weniger Busse. Abends und an Wochenenden ist der Busverkehr ausgedünnt, vor allem in den Außenstadtteilen. Viele Busse sind völlig überfüllt. So ist es kein Wunder, dass viele wieder auf das eigene Auto zurückgreifen.

Wir lesen immer wieder von der Verkehrswende in Marburg mit attraktiven öffentlichen Nahverkehrsangeboten, die für das Klima und unsere Stadt gut und längst überfällig ist. Dabei sollte selbstverständlich sein, dass man bequem zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln wechseln kann, ob vom Ausleihfahrrad oder eigenem Rad, vom Zug zum Bus, bis hin zu Fußwegen. Dies alles muss zusammengeführt werden, damit Schulen, Universität, der Arbeitsplatz, aber auch sportliche und kulturelle Einrichtungen regelmäßig erreicht werden können. Natürlich auch die Arztpraxen, die Restaurants und Cafés, die Innenstadt und die Behörden, kurz alles, was eine Stadt lebens- und liebenswert macht. Die Stadt Marburg hat hierfür im Jahr 2021 ein Konzept - Mobilität und Verkehr MoVe35 genannt - erarbeitet. Dies soll erprobt werden und bis 2035 gelten.

Vor lauter Reden hat man anscheinend vergessen, sich die Personalsituation des städtischen Busunternehmens genauer anzuschauen. Ausgerechnet die Arbeitsbedingungen der Busfahrer:innen hat man wohl bei den Überlegungen zur Verkehrswende außer Acht gelassen. Wie sonst lässt es sich erklären, dass manche Fahrer:innen bei langen Arbeitszeiten und einer Sechs-Tage-Woche ihren Lohn beim Amt noch aufstocken müssen?! Wen wundert es da noch, wenn sie sich bei Unterbezahlung und hoher Arbeitsbelastung sowie oft fehlender Wertschätzung in anderen Branchen nach einem neuen Job umschauen?

Hier muss schnell gegengesteuert werden. Die Busfahrer:innen verdienen Wertschätzung und nicht zuletzt bessere Arbeitsbedingungen mit anständiger Bezahlung. Ein freundlicher Gruß und ein Lächeln sind ein guter Anfang. Aber eine Entlohnung, von der sie gut leben können, sollte in einer Stadt, die Geld wie Dagobert Duck hat, eine Selbstverständlichkeit sein. Wir ziehen den Hut vor den tagtäglich durch das gesamte Team der städtischen Marburger Verkehrsgesellschaft (MVG) erbrachten Leistungen. Es ist aber auch an der Zeit, die vor Jahren erfolgte Ausgliederung der MVG aus den Stadtwerken, die nur zu Lasten der Beschäftigten und der Qualität des gesamten Busverkehrs in Marburg ging, zu überdenken.

Tanja Bauder

Interview mit Bettina Böttcher-Dutton zur Situation am Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM)



Bettina ist aktive Gewerkschafterin bei ver.di und engagiertes SPD-Mitglied. Sie war lange Zeit Betriebsratsvorsitzende beim UKGM Marburg.

Das UKGM ist das erste einzige privatisierte Universitätsklinikum. Dies wurde als „Leuchtturmprojekt“ angepriesen und ist krachend gescheitert. Die Leidtragenden sind neben den Patient:innen die Beschäftigten aller Bereiche des Klinikums.

Liebe Bettina, was muss sich aus deiner Sicht ganz konkret verbessern?

Es ist fahrlässig, Krankenhäuser und mit ihnen das Schicksal von Patientinnen und Patienten den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen. Stellenabbau, immer größere Arbeitsdichte, Angst vor Ausgliederungen, Einschränkung von Lehre und Forschung sind das Ergebnis. Grundsätzlich müssen Krankenhäuser sich am Gemeinwohl orientieren. Der zunehmende Personalmangel muss endlich bekämpft werden.

Niemand würde fordern, dass Polizei oder Feuerwehr schwarze Zahlen schreiben oder Profite erwirtschaften müssen.

Genau. Das sollte auch für Krankenhäuser gelten. Unternehmerische Freiheit muss da aufhören, wo die Gesundheit der Beschäftigten auf dem Spiel steht.

links hilft e. V.: Sozialsprechstunde in Marburg

Fast 14 Millionen Menschen in Deutschland leben in Armut oder sind „armutsgefährdet“. Das sind 600 000 mehr als vor der Corona-Pandemie. Und schon jetzt ist klar: Armut wird durch Energiekrise und Inflation weiter zunehmen. Denn die täglichen Kosten der Lebensführung machen den größten Teil im Geldbeutel der von Armut betroffenen Menschen aus.

Die Politik reagiert vor allem mit Einmalhilfen und Entlastungspaketen, die Milliarden kosten. Wirtschaftsexperten und Sozialverbände kritisieren, dass diese Programme nicht zielgerichtet sind. Richtig wäre es, sie an die untere Einkommenshälfte zu richten und den untersten zehn Prozent am meisten zu geben. Gleichzeitig werden soziale Rechte weiter ausgehöhlt und verschärft. Menschenrechte und Menschenwürde werden oft mit Füßen getreten. Positive Entscheidungen der obersten Gerichte werden immer wieder über Jahre durch Politik und Verwaltung ignoriert oder einfach nicht umgesetzt.

Armut, das sind Menschen ohne Arbeit, das sind schlecht bezahlte Minijobber, das sind häufig Alleinerziehende und das sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner, deren Rente zum

Kolleg:innen dürfen nicht in unterschiedliche Leistungskategorien wie patientenferne und patientennahe Bereiche unterteilt werden. Hier fehlt es am nötigen Respekt. Ein Rädchen greift doch ins andere, vom Chefarzt bis zur Reinigungskraft.

Seit Jahren fordern wir eine spürbare Entlastung. Mittlerweile ist eine harte Auseinandersetzung mit der Arbeitgeberseite um einen Entlastungstarifvertrag nicht mehr zu vermeiden. Beim Personal gibt es kein Einsparpotential, im Gegenteil. Wir brauchen eine Mindest-Personalausstattung in allen Bereichen.

Heikel sind die Verhandlungen um das „Zukunftspapier“ zwischen dem Land Hessen und dem UKGM. Sie sind kurz vor dem Abschluss. Mit finanziellen Zuwendungen des Landes soll der Investitionsstau beendet werden. Auch soll es ein Paket zur Beschäftigungssicherung geben. Wir sind skeptisch. Ausgerechnet für die Kolleg:innen der UKGM-Servicegesellschaft ist keine Regelung vorgesehen.

Betriebsbedingte Kündigungen wurden bis zum Jahr 2022 ausgeschlossen. Wurde diese Vereinbarung eingehalten?

Dank unseres jahrelangen solidarischen Widerstandes konnten betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen werden.

Allerdings wurde durch die Zusammenlegung der Wäschereien Personal abgebaut. Die Folgen sind bis heute spürbar. Die Wäscheversorgung läuft nicht rund; man greift auf Fremdfirmen zurück. Man will Personal einsparen, und legt auch noch drauf.

Hat ein schleichender Stellenabbau stattgefunden?

Ja. In allen Abteilungen. Bei altersbedingtem Ausscheiden, längerem Krankheitsausfall, Reduzierung der Arbeitszeit und Auslaufen von Befristungen werden Stellen nicht oder stark verzögert nachbesetzt. Allein im Jahr 2007 gab es in der Pflege eine Reduzierung um 97,25 Vollzeitstellen!

In den letzten beiden Jahren kam es zu temporären Schließungen von Stationen.

Wegen schlechter Arbeitsbedingungen hat ein ganzes Pflegeteam gekündigt. Die Station war für einen längeren Zeitraum geschlossen. Die Betten wurden auf andere Stationen verteilt. Die Tagesklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrie wurde geschlossen. Die Auswirkungen für Kinder und Eltern sind enorm.

Mehr als 70% der Kolleg:innen, nämlich 4.163 Mitarbeiter:innen unterstützen die Forderung nach einem „Tarifvertrag Entlastung“. Wenn die Arbeitgeberseite nicht ernsthaft verhandeln will, kommt es wohl zum Streik.

Mit Unterstützung von ver.di werden in allen Bereichen Teams gebildet und intensive Gespräche geführt. Vertreter:innen der Teams werden am 6. und 7. März Forderungen für die Tarifvertragsverhandlungen bündeln. So wird der Rahmen für ei-

ne Mindestpersonalausstattung gesteckt. Man spürt, was die Krankenhausbewegung erreichen kann. An der Charité in Berlin, an den Universitätskliniken in NRW und in Frankfurt hat sich gezeigt, dass ein Tarifvertrag zur Entlastung und für bessere Arbeitsbedingungen durchsetzbar ist. Es braucht einen langen Atem. Und den haben wir.

Wie unterstützt euch das Marburger Bündnis „Unser Klinikum zurück in der öffentlichen Hand“?

Mark Müller vom Bündnis hat der Landesregierung eine Petition mit 18.000 Unterschriften überbracht. Ein Rechtsgutachten legt zudem dar, dass eine Rückführung in die Öffentliche Hand möglich ist. Die Landesregierung zeigte sich allerdings unbeeindruckt. Deshalb ist eine Großdemonstration für den 31.03. 2023 in Vorbereitung. Kommt alle! Es geht um unser aller Gesundheit!

Wie kann man statt Gewinnorientierung die Gesundheitsversorgung wieder in den Mittelpunkt stellen?

Wir müssen zurück zum Solidaritätsgedanken. Die Fallpauschalen müssen weg. Eine nachhaltige Finanzierung der Krankenhäuser muss zweckgebunden sein: Eine bessere Personalmessung und verbindliche Qualitätskriterien werden gebraucht. Die Orientierung auf Rendite muss überwunden werden. Gesundheit ist keine Ware. Wir müssen laut sein, um gehört zu werden.

Vielen Dank für das angenehme und spannende Gespräch!

Das Interview führte Tanja Bauder

Zum 125. Geburtstag Berthold Brecht
Als ich ins Exil gejagt wurde

Als ich ins Exil gejagt wurde
Stand in den Zeitungen des Anstreichers
Das sei, weil ich in einem Gedicht
Den Soldaten des Weltkriegs verhöhnt hätte.
Tatsächlich hatte ich im vorletzten Jahr dieses Kriegs
Als das damalige Regime, um seine
Niederlage hinauszuschieben
Auch die schon zu Krüppeln Geschossenen wieder
Ins Feuer schickte
Neben den Greisen und den Siebzehnjährigen
In einem Gedicht beschrieben, wie
Der Gefallene Soldat ausgegraben wurde und
Unter der jubelnden Beteiligung aller
Volksbetrüger Aussauger und Unterdrücker wieder
Zurück ins Feld eskortiert wurde. Jetzt
Wo sie einen neuen Weltkrieg vorbereiteten
Entschlossen, die Untaten des letzten noch zu übertreffen
Brachten sie Leute wie mich zuzeiten um oder verjagten sie
Als Verräter
Ihrer Anschläge.



Neue Ausgabe

Impressum

Homepage: marburg.dkp.de

Facebook:
facebook.com/dkp.marburg

Instagram:
instagram.com/dkpmarburg